

Neues Wohnheim für Asylbewerber

Passivhaus in der Wehrstraße bietet Platz für bis zu 40 Personen

Groß Reken (pd/lie). Das neue Asylbewerberheim in der Wehrstraße ist bezugsfertig. Es bietet Platz für 40 Personen – einziehen werden in die 24 Wohnungen zunächst 34 Flüchtlinge. Gekostet hat das Heim rund 950.000 Euro, der Verkauf zweier bisheriger Unterkünfte wird aber einen Großteil der Kosten wieder hereinbringen.

Bei der Vorstellung des Gebäudes, dass in Passivhaus-Bauweise erstellt wurde, betonte Bürgermeister Heiner Seier, dass die Gemeinde Reken, die schon mehrfach innovativ ist bei der Minderung von Energiekosten und -verbrauch. Damit werde zugleich ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Die Bauweise ist eine Weiterentwicklung des Niedrigenergiehauses. Passivhäuser sind durch Maßnahmen wie Ausrichtung zur Sonne, große Dämmstärken und Luftdichtigkeit so optimiert, dass nur noch für wenige kalte Tage im Jahr konventionelle Heizung erforderlich ist.

Die Temperatur im Inneren des Gebäudes wird mit einer Erdwärmepumpe sowie Lüftung mit Wärmerückgewinnung erreicht.



Das neue Wohnheim für Asylbewerber an der Wehrstraße in Groß Reken ist ein Passivhaus.

Foto: Liebetanz

Das Brauchwasser wird überwiegend über eine Solaranlage erwärmt. Hierdurch ergibt sich geschätzt eine jährliche Einsparung von 85 Prozent der Heizkosten und etwa 60 Prozent der Kosten für Brauchwasser gegenüber konventionellen Bauweisen.

Von Anfang an sei klar gewesen, so Seier, dass die besondere Bauweise und anspruchsvolle Technik eine Mehrinvestition bedeute. Dennoch ist er davon überzeugt, dass der Bau für die Gemeinde Reken langfristig

wirtschaftlicher ist. „Zumal durch den Neubau des Asylheims an zentraler Stelle mit einem Wohnraumangebot für bis zu 40 Personen und Wegfall der Altstandorte Weskerhok 13 A, Schulstraße 11, Wehrstraße 5 und Mühlenweg 4

E es zu deutlichen betrieblichen Einsparungen kommen wird“, sagte der Bürgermeister. Zurzeit leben in Reken 61 Asylbewerber, davon haben zehn Aufenthaltsrecht, 45 Anträge wurden abgelehnt und sechs Verfahren laufen noch.